

Rückbesinnung auf freisinnige Grundsätze

Nein-Parolen der FDP der Stadt Zürich zum Fussballstadion-Neubau und zur Wohnsiedlung auf dem Hardturmareal

Erstaunlich deutlich hat sich die Stadtzürcher FDP gegen das Stadionprojekt auf dem Hardturmareal ausgesprochen. Die Delegierten fassten mit 50 zu 23 Stimmen die Nein-Parole – und liessen damit Urs Egger im Regen stehen.

Michael Baumann

Eine Zerreissprobe und ein knappes Resultat waren erwartet worden – herausgekommen ist alles ganz anders. Die Delegierten der FDP der Stadt Zürich haben am Dienstagabend in Oerlikon zwar lange darüber gesprochen, welche Parole zur Abstimmungsvorlage über das Stadion auf dem Hardturmareal gefasst werden soll. Das Schlussergebnis hatte sich allerdings schon angedeutet, als Michael Baumer, Stadtparteipräsident und Gemeinderat, bekanntgab, dass der Parteivorstand mit 15 zu 7 Stimmen die Nein-Parole beantrage.

Das Nein des Vorstands

Der Objektkredit von 221 Millionen Franken, über den am 22. September abgestimmt wird, hatte bei den Freisinnigen keine Chance. 50 der anwesenden 75 Delegierten sprachen sich für die Nein-Parole aus. Nur 23 Delegierte stimmten für die Ja-Parole. Noch chancenloser war der Objektkredit von 104 Millionen Franken für eine angrenzende Siedlung mit 150 Wohnungen, der am gleichen Termin zur Abstimmung kommt. Mit 51 zu 16 Stimmen wurde hier die Nein-Parole beschlossen.

Parteipräsident und Gemeinderat Michael Baumer hatte zur Einstimmung die lange Planungsgeschichte für ein



Die Ruinen des ehemaligen Hardturmstadions in Zürich.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Fussballstadion für den FCZ und GCZ umrissen. Zudem stellte er die beiden Vorlagen vor. Dann war es an Urs Egger, Gemeinderat und Präsident des Pro-Komitees, die Werbetrommel für den Stadionneubau zu rühren. Es sei nichts Aussergewöhnliches, wenn die öffentliche Hand Infrastruktur zur Verfügung stelle. Das gelte auch für die meisten Sportstätten und soll auch für

das neue Stadion Geltung haben. Zwar sei der Letzigrund ein gutes Stadion für die Leichtathletik, aber nicht optimal geeignet für Fussballspiele. Laut Egger darf nicht vergessen gehen, dass die Sicherheitskosten im reinen Fussballstadion für die Klubs tiefer sein werden als heute. Ein attraktives Stadion ziehe auch ein neues Publikum an und strahle städtebaulich über die Stadtgrenzen

hinaus. Es wäre schade, wenn neben dem Kongresszentrum auch das Stadion nicht gebaut werden könnte. Mit Blick in andere Schweizer Städte und ins Ausland, so Egger weiter, sei es üblich, dass die Klubs nur Mieter der Stadien seien.

Patrick Stähler, Vorstandsmitglied der Kreispartei 7/8, vertrat die Gegenposition. Auch er griff ausländische Beispiele auf und wies darauf hin, dass es in

vielen Städten wunderschöne Stadien, aber auch leere Kassen gebe. Zürich könne sich nicht alles leisten. Deshalb sei auf das neue Stadion zu verzichten. Auch wenn der Letzigrund kein reines Fussballstadion sei, könne dort problemlos gespielt werden. Beim neuen Projekt würden alle Kosten dem Steuerzahler überwältigt, während die Einnahmen allein den Klubs zugutekämen. Stossend ist für Stähler auch, dass im Stadion mit 16 000 Plätzen kaum je ein Länderspiel noch ein grosses internationales Spiel von FCZ oder GCZ stattfinden wird.

Hinweis aufs Parteiprogramm

In der einseitigen Diskussion meldeten sich fast nur Gegner der Stadion-Vorlage zu Wort. Ein Votant kritisierte die jährlich wiederkehrenden Folgekosten von 8,3 Millionen Franken als Defizitgarantie der Stadt für die Betriebsgesellschaft. Auch Gemeinderätin Tamara Lauber sprach sich gegen das Projekt aus und führte dabei urliberale Argumente gegen die geplante Finanzierung an. Gemeinderat Marc Bourgeois zitierte aus dem Parteiprogramm der FDP und erwähnte dabei die Eigenverantwortung und den sorgsamen Umgang mit Steuergeldern. Die Klubs würden nur 3 bis 5 Millionen Franken Miete pro Jahr zahlen. Wenn die FDP hier einknicke, verliere sie ihre Glaubwürdigkeit. Zudem sei die fordernde Haltung der Fussballklubs nicht zu tolerieren. Adrian Ineichen, Präsident der Jungfreisinnigen, verlangte eine private Finanzierung. Das eine von zwei befürwortenden Voten betraf den Umstand, dass das neue Stadion in erster Linie für die Fans gebaut würde. Im anderen wurde der mangelnde Mut zu einem grossen Wurf genannt.

Bei den Grünen kommt's zum Patt in Sachen Stadion

Die Mitgliederversammlung der Stadtzürcher Grünen hat am Dienstagabend Stimmfreigabe zum neuen Stadion Hardturm beschlossen. Zuvor hatten sich 66 Anwesende gegen und 63 für das Projekt ausgesprochen, über das am 22. September abgestimmt wird. Schon die Fraktion des Gemeinderats war gespalten; ziemlich genau die Hälfte hatte sich im April für den Kredit von 221 Millionen Franken ausgesprochen, die andere Hälfte war dagegen. Keine Opposition erwuchs bei den Mitgliedern der neuen Wohnüberbauung, die mit dem Bau des Stadions verknüpft ist. In der Siedlung entstehen rund 150 Wohnungen, die Kosten belaufen sich auf knapp 104 Millionen Franken.

Vor der Parolenfassung hatten die Gemeinderäte Martin Abele und Mar-

kus Kunz die Argumente für und gegen den Bau des Stadions vorgetragen. Abele meinte, dass die Zürcher Fussballfans sehnlichst auf ein richtiges Fussballstadion warteten. Ein solches gebe es nämlich bis jetzt nicht; das Letzigrundstadion sei als Fussballstadion nicht geeignet. Es gebe grosse Sicherheitsprobleme, es sei zu kalt, und es komme keine rechte Stimmung auf. Man solle sich nun dazu durchringen, ein richtiges Fussballstadion zu bauen. Dem Kunsthaus habe man ja auch zugestimmt.

Kunz hielt dagegen: Im Letzigrund könne man sehr wohl Fussball spielen. Bei wichtigen Spielen werde man auf jeden Fall wieder dorthin ziehen, weil es mehr Plätze gebe als im geplanten neuen Hardturm. Kunz ärgerte sich darüber, dass die Fussballfans einfach ihre Wün-

sche vorbringen könnten, die dann von der Stadt unbesehen erfüllt würden. Es sei «unglaublich», dass man den Klubs sogar eigene, teure Fankurven zugestehel, nur damit sie sich nicht in die Augen sehen müssten, wie es in der Weisung des Stadtrats heisst. Zudem sei das Preis-Leistungs-Verhältnis zumindest «eigenartig», meinte Kunz.

In der Diskussion sprach sich Katharina Prelicz – auch im Namen des Quartiers – für das neue Fussballstadion aus. Man stehe dahinter, weil es im Gegensatz zum früheren Projekt keine kommerzielle Mantelnutzung habe, keinen Mehrverkehr bringe und nebst der Wohnsiedlung auch einen Quartierplatz bringe. Luca Maggi, der Präsident der Jungen Grünen, stellte den Antrag auf Stimmfreigabe.

Die CVP unterstützt ihren Sportminister

Die Stadtzürcher CVP stellt einen Stadtrat, und ebendieser ist sozusagen städtischer Sportminister. Gerold Lauber hat an der besser als normalerweise besuchten Delegiertenversammlung der Partei am Dienstagabend mitverfolgen können, wie die Anwesenden nach reger Diskussion mit 20 zu 8 Stimmen die Ja-Parole zum Stadion und mit 22 zu 5 die Ja-Parole zur Wohnsiedlung fassten.

Lauber, der sonst an Delegiertenversammlungen selten das Wort ergreift, hatte sich zuvor ins Zeug gelegt: Jetzt biete sich für die Stadt eine gute Chance, und die CVP sei seit langem auch die Partei für Sport und Familie. Unterstützung erhielt er aus dem Plenum mit zum Teil emotionalen Voten. Das bestehende Letzigrundstadion sei für Zuschauer der Fussballspiele eine Zumutung. Nun bie-

te sich die «letzte Chance für ein richtiges Zürcher Fussballstadion». Das sei eine sinnvolle Investition in die Jugend.

Die Gegenseite brachte vor allem Vorbehalte gegen die hohen Kosten von 221 Millionen Franken vor. Gerade angesichts der derzeitigen Finanzverhältnisse der Stadt sei es unverantwortlich, ein Stadion für die heute «gerade einmal 4000 Zuschauer» zu bauen. Namentlich finanzpolitisch müsse daher zum Stadion Nein gesagt werden. Zudem würde bei einem Ja viel in Fussballer investiert, die aber kaum etwas zum städtischen Gemeinwohl beitragen. Das sei stossend.

Ein Antrag, mit einer Stimmfreigabe in den Abstimmungskampf zu ziehen, fand keinen Anklang. Jene, die dazu das Wort ergriffen, befürchteten, dass die Partei dann als «Wischiwaschi» gelte.

Der Ausschaffungskanton Zürich wird entlastet

Kontingent der Asylbewerber sinkt um jährlich rund 800 Personen

Kantone, die keine Ausschaffungsflüge abwickeln, werden künftig mehr Asylsuchende unterbringen als die Flughafenkantone. Geeinigt haben sie sich auf eine Formel, gemäss der das Kontingent des Kantons Zürich um rund 800 Personen sinkt.

Dorothee Vögeli

Mit der kontinuierlich steigenden Zahl von abgewiesenen Asylbewerbern nimmt auch die Zahl der Ausschaffungen zu. Momentan sind es jährlich rund 5000. Den Flughafenkantonen bescheiden solche Rückführungen Kapazitätsengpässe und zusätzliche Kosten. Be-

sonders stark betroffen ist der Kanton Zürich, der 80 Prozent aller Ausschaffungen mit Linien- und Sonderflügen abwickelt. Zwar erhöhte der Bund auf Anfang Jahr die Pauschalen für solche Flüge. Gleichwohl decken die Bundesgelder die Kosten für die 30 Mitarbeitenden der Flughafenpolizei Zürich nicht. Eine grössere Finanzierungslücke drohte, weil die Flughafenpolizei den Personalbestand um 12,5 Stellen aufstocken muss.

Ohne Gegenstimme hat inzwischen die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) mit dem Kanton Zürich die Eckwerte einer Leistungsvereinbarung genehmigt: Die zusätzlichen Aufwendungen des Kantons Zürich in der Höhe von 2,4 Millionen Franken werden über eine vermin-

derte Zuweisungsquote von Asylsuchenden vollumfänglich kompensiert. Gemäss Vereinbarung wird jede Ausschaffung dem kantonalen Asylkontingent mit einem Faktor von 0,2 Prozent angerechnet. Bei etwa 4000 Ausschaffungen pro Jahr entsprechen diesem Faktor ungefähr 800 Asylsuchende, die künftig auf andere Kantone verteilt werden. Damit sinkt die Zahl der dem Kanton Zürich zugeteilten Asylsuchenden auf jährlich rund 4200.

Ende Juni stimmte auch die Sozialdirektorenkonferenz dem neuen Kompensationsmodell zu. Damit konnte die Vereinbarung auf 1. Juli in Kraft gesetzt werden, und deshalb konnte die Flughafenpolizei Zürich diese Woche die Stellen ausschreiben. Gesucht werden «Sicherheitsassistentinnen und -assis-

ten», weil für die Bodenorganisation von Rückführungen keine volle Polizeiausbildung nötig ist, wie es in einem entsprechenden Regierungsratsbeschluss von Ende April heisst. Vor dem Hintergrund der Neustrukturierung im Asylbereich und der schwankenden Zahlen sind die Stellen auf drei Jahre befristet. Bis das zusätzliche Personal eingestellt ist, übernehmen Mitarbeitende aus dem heutigen Bestand der Kantonspolizei Zürich die Aufgaben.

Laut Roger Schneeberger, Generalsekretär der KKJPD, sind Verhandlungen über analoge Leistungsvereinbarungen mit den Flughafenkantonen Bern und Genf im Gang. Um den Anteil der Ausschaffungsflüge des Kantons Zürich von 80 auf 70 Prozent zu senken, habe sich Genf bereit erklärt, jährlich

250 unfreiwillige Ausreisen mehr abzuwickeln; Bern wolle die Zahl der Ausschaffungsflüge um jährlich 200 erhöhen. In Basel sei man noch nicht so weit, weil dessen Flughafen auf französischem Gebiet liege. Eine entsprechende Anfrage sei aber mittlerweile von den französischen Behörden im Grundsatz positiv beantwortet worden.

Wie Schneeberger auf Anfrage weiter ausführte, sind die Vereinbarungen kurzfristige Übergangslösungen zur Behebung der akuten Kapazitätsengpässe. Im Zusammenhang mit der laufenden Neustrukturierung des Asylbereichs gelte es, neue Ausreisezentren zu schaffen, die deutlich effizientere Arbeitsprozesse erlaubten. Die heutigen Strukturen an den Flughäfen seien dafür teilweise ungeeignet, sagte Schneeberger.